

Am Ende einstimmig

Die Unionsfraktion findet eine Position zum 5G-Netz

bub. BERLIN. Ralph Brinkhaus lässt seinen Kollegen in der Unionsfraktion gern Spielraum. Kontroversen zwischen den Abgeordneten unterbindet der Fraktionsvorsitzende nicht sofort. In der Debatte über die Sicherheitsanforderungen an das künftige 5G-Netz wurde es ihm dann aber doch zu bunt. Norbert Röttgen, der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses, und einige Mitstreiter forderten lautstark, dass chinesische und andere nicht vertrauenswürdige Telekommunikationsausrüster von vornherein vom Netzaufbau ausgeschlossen werden. Es ging das Gerücht um, dass man sogar bereit sei, zusammen mit der SPD-Fraktion einen Gruppenantrag einzubringen, was den Gepflogenheiten der Zusammenarbeit in der Fraktion widerspricht. Brinkhaus bat seine stellvertretenden Vorsitzenden Thorsten Frei, der für Innenpolitik zuständig ist, und den Wirtschaftspolitiker Carsten Linneemann, die Ausbüxer einzufangen und die Meinungsfindung in einem geordneten Verfahren zu führen.

Am Montagabend war der Prozess beendet: Die Unionsfraktion beschloss einstimmig ein Positionspapier zum 5G-Netz. Anders als ein Zwischen-

stand von Mitte Dezember vermuten ließ, wollen die Abgeordneten nicht zwischen dem Kernnetz und dem Zugangnetz unterscheiden. Hintergrund ist, dass bei der 5G-Technologie, anders als bei den Vorgängern, wesentliche Steuerungsfunktionen aus dem Kernnetz in periphere Bereiche verlagert werden. Für alle kritischen Komponenten müssen laut Beschluss daher „höchste Sicherheitsanforderungen“ gelten. Ein Sicherheitskatalog soll definiert werden, den alle Ausrüster einhalten müssen, überprüft wird das von den zuständigen Behörden. Zudem ist

auf Betreiben der Innenpolitiker ausdrücklich aufgenommen worden, dass der Einsatz von Komponenten eines Ausrüsters untersagt werden kann, wenn „überwiegende öffentliche Interessen, insbesondere sicherheitspolitische Belange der Bundesrepublik Deutschland, entgegenstehen“.

Damit gibt es die Möglichkeit, Unternehmen auszuschließen, wenn die politischen Rahmenbedingungen Anlass zur Besorgnis wegen Spionage oder Sabotage geben. Auch wenn es noch keinen „rauchenden Colt“ gibt, der die Einflussnahme der Regierung des Her-

kunftslandes beweist. Damit werde kein Anbieter explizit ausgeschlossen, im Konfliktfall gelte aber der „Primat politischer Entscheidung“, sagte Innenpolitiker Thorsten Frei dieser Zeitung. Wer die Entscheidung über den Ausschluss trifft, ist im Positionspapier nicht geregelt. Außerdem spricht sich die Unionsfraktion dafür aus, Komponenten unterschiedlicher Hersteller zu verbauen, um den Gefahren von Monokulturen vorzubeugen. Auf EU-Ebene soll zudem ein einheitlicher Sicherheitsstandard für 5G entwickelt werden.

Einfach war der Weg zu diesem Kompromiss nicht. Denn neben Abgeordneten, die sich um die Sicherheit sorgen und den Einfluss fremder Staaten fürchten, gibt es auch die Fraktionskollegen, vor allem Wirtschafts- und Digitalpolitiker, die den Verbau chinesischer Technologie als erforderlich ansehen, damit der Netzausbau sich nicht verzögert und nicht teurer wird. Zudem hat die Bundesregierung, insbesondere das Bundeskanzleramt, immer wieder deutlich gemacht, dass eine „Lex Huawei“ – so der Name des wichtigsten chinesischen Ausrüsters – nicht in Betracht komme, also kein Anbieter von vornherein vom Verfahren ausgeschlossen werden dürfe.